

dem. Wie kann die Regierung in Bonn von der Regelung des Telefonverkehrs sprechen, wo sie ministerielle Vereinbarungen über solche Fragen ablehnt? Solange die Bonner Regierung die Alleinvertretungsanmaßung erhebt und den Grauen Plan zur Ausplünderung der Deutschen Demokratischen Republik aufrechterhält, nach Mitverfügungsgewalt über Atomwaffen strebt und die europäischen Grenzen revidieren will, sind alle ihre Reden über eine europäische Sicherheit, über Entkrampfung und menschliche Erleichterungen unglauwbüdig und gegenstandslos.

Die Regierung Kiesinger/Strauß kann nicht ernsthaft erwarten, daß die Deutsche Demokratische Republik ihre Grenzen für Revanchismus und Ausplünderung öffnet; denn unsere Bevölkerung hat die offene Grenze bis 1961 teuer bezahlt. Deshalb bleibt jeder Versuch der Bonner Regierung, durch veränderte Methoden in die Deutsche Demokratische Republik einzudringen, um den geplanten ersten Schritt zur gewaltsamen Veränderung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu tun, zum Scheitern verurteilt.

Was heute notwendig und auch möglich ist, sind Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten. Es ist besonders die Aufgabe der westdeutschen Arbeiterklasse und aller friedliebenden und demokratischen Kräfte, durch entschiedenen Kampf gegen Revanchismus, Militarismus und Neonazismus in Westdeutschland solche Beziehungen herbeizuföhren. In diesem Sinne setzen wir den Dialog mit den westdeutschen Arbeitern und Sozialdemokraten fort. Das Präsidium des VII. Parteitages schlägt den Delegierten vor, das auf dem Parteitag neu zu wählende Zentralkomitee zu beauftragen, einen Brief an die westdeutsche Arbeiterklasse und an die Mitglieder der SPD sowie einen Brief an die Mitglieder und Anhänger der CDU/CSU auszuarbeiten. In diesen Briefen soll unsere Meinung zu den Fragen der Einigung der Arbeiterklasse und zur Herbeiföhung der friedlichen Koexistenz durch Normalisierung der Beziehungen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten sowie zur europäischen Sicherheit auf der Grundlage der Beschlüsse unseres Parteitages dargelegt werden.

Berlin, den 18. April 1967